

## Vier Kandidaten, vier Fragen

Wofür stehen sie eigentlich, die Kandidaten für die Landtagswahl von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, der im Landtag vertretenen Parteien? Die NRWZ hat ihnen vier Fragen gestellt. Und höchst unterschiedliche Antworten erhalten. Ungekürzt finden Sie die Antworten auf [www.NRWZ.de](http://www.NRWZ.de)

Stefan Teufel  
CDU



*Das dreigliedrige Schulsystem ist umstritten. Viele halten die Entscheidung für eine Schulart in der vierten Klasse für zu früh. Hinzu kommt, dass in Baden-Württemberg Kinder aus sozial schlechter gestellten Familien geringere Chancen auf eine höhere Schulbildung haben als Kinder aus besser gestellten Familien. Wie stellen Sie sich das Schulsystem in Baden-Württemberg künftig vor?*

Die CDU Baden-Württemberg steht zum gegliederten Schulsystem im Land. Das gegliederte Schulsystem hat sich trotz bestehender Optimierungspotentiale bewährt. In der PISA-Studie liegen wir mit Bayern und Sachsen in der Spitzengruppe; bei der IGLU-Studie (Lesekompetenz sowie naturwissenschaftliche und mathematische Fähigkeiten) der Grundschüler auf Platz eins.

Wir sind für einen bedarfsgerechten Ausbau von Ganztageschulen über alle Schularten hinweg. Es wird keine Regel-Ganztageschule für alle verpflichtend eingeführt. Nach wie vor sollen in erster Linie die Eltern entscheiden können, wie sie ihre Kinder ausserhalb der Schulzeit betreuen.

Beim Thema Frühkindliche Bildung wurde ein Orientierungsplan vorgelegt und das Projekt Schulreifes Kind konzipiert. Ziel des Konzeptes ist es; die Kooperation zwischen Kindergärten und Grundschulen zu fördern. Die laufende Legislaturperiode hat wichtige Neuerungen erbracht: Die Einführung des 8-jährigen Gymnasiums, das Erlernen einer Fremdsprache in der Grundschule ab Klasse 1, die Verlässliche Grundschule und die Bildungsplanreform. Unser Schulsystem in Baden-Württemberg trägt auch dazu bei, dass wir die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland vorweisen können.

*Welche Maßnahmen können Sie sich zum Erhalt der Standards oder sogar dem Ausbau beim Öffentlichen Personennahverkehr vorstellen?*

Der Öffentliche Personennahverkehr ist in Baden-Württemberg eine Erfolgsgeschichte. Die Passagierzahlen in den Bussen und Bahnen sind seit der Regionalisierung im Jahre 1996 um 50 Prozent gestiegen worden. Durch die knapperen Regionalisierungsmittel über den Bundeshaushalt setze ich mich für den Erhalt unseres Standards ein. Ein grosses Anliegen ist das zweite Bahngleis für die Gäu-Neckar-Bodensebahn zwischen Horb und Hattingen. 60 Jahre nach dem es von der französischen Besatzungsmacht abgebaut wurde, muss es vom Bund endlich wieder eingebaut werden. Damit kann unsere Bahnstrecke wieder die alte Linie von Berlin nach Rom werden und den wichtigen Güterverkehr von Italien nach Deutschland aufnehmen.

*Baden-Württemberg ist einer der erfolgreichsten Wirtschaftsstandorte in Deutschland. Was kann Politik tun, um den Wirtschaftsstandort attraktiv zu halten und Arbeitsplätze zu schaffen?*

Der Mittelstand muss weiterhin durch umfassenden Bürokratieabbau gefördert werden. Hierzu unterstütze ich die Forderung der IHK dass neue Gesetze und Verordnungen in geeigneten Fällen auf eine Gültigkeitsdauer von höchstens 12 Jahren zeitlich befristet sind.

Die Förderung von Existenzgründungen und die Sicherung der Unternehmensnachfolge ist für das Land ein Kernstück gestalteter Mittelstandspolitik. Die CDU setzt sich für die Streichung der Erbschaftsteuer ein, sofern der Betrieb übergeben und 10 weitergeführt wird. Diese Massnahme fördert die Unternehmenssubstanz.

*Die Landesregierung setzt auf Gentechnik, Bauernverbände und BUND warnen vor gentechnisch verändertem Saatgut. Wie stehen Sie dazu?*

Der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor gesundheitlichen Risiken ist ein Kernthema der CDU - Politik in Baden-Württemberg. Ein bedeutender Faktor des Verbraucherschutzes ist die Transparenz, wie zum Beispiel durch das Ernährungsportal Baden-Württemberg. Solange die Haftungsfrage bei dem gentechnisch veränderten Saatgut nicht geklärt ist, unterstütze ich die Position des Deutschen Bauernverbandes. Jedoch spreche ich mich für eine intensive Forschung von gentechnisch verändertem Saatgut im Labor aus.

Ruth Hunds  
SPD



*Das dreigliedrige Schulsystem ist umstritten. Viele halten die Entscheidung für eine Schulart in der vierten Klasse für zu früh. Hinzu kommt, dass in Baden-Württemberg Kinder aus sozial schlechter gestellten Familien geringere Chancen auf eine höhere Schulbildung haben als Kinder aus besser gestellten Familien. Wie stellen Sie sich das Schulsystem in Baden-Württemberg künftig vor?*

Die SPD bevorzugt neue Bildungswege, bestehend aus sechs Jahren Grundschule plus vier Jahre Regionalschule oder sechs Jahre Gymnasium. Die starre Dreigliedrigkeit unseres Schulsystem müsste offeneren Strukturen weichen. Individuelle Förderung unserer Schüler sollte im Mittelpunkt des Schulalltags stehen. Das längere gemeinsame Lernen bietet Chancen für eine bessere soziale Integration. Wichtig in der Schule ist auch Schulsozialarbeit. Die Regionalschulen, die ersatzweise statt Haupt- und Realschule eingeführt werden sollten, sind im ländlichen Raum interessant, so dass hier mehr Schüler zum Realschulabschluss geführt werden können. Notwendig sind Ganztageschulen, damit unterschiedliche Begabungen bzw. musische, kreative, sportliche Talente besser gefördert werden können. Wichtig scheint mir die familienpolitische Vereinbarkeit von Beruf der Eltern und Erziehung der Kinder, gerade auch für Migrationskinder, die sicher so besser integriert werden können, weil Ganztageschulen mehr Möglichkeiten dazu bieten aber auch Kinder aus sozial schwachen Familien haben hier gute Betreuung, Beaufsichtigung der Hausaufgaben oder beim Schulsozialarbeiter eine geeignete Anlaufstelle für eventuelle Probleme. Angebote für Eltern zur Erziehung, Kurse, die heute schon vom Kinderschutzbund angeboten werden, sollten im Schulalltag Eltern Hilfestellungen geben.

*Welche Maßnahmen können Sie sich zum Erhalt der Standards oder sogar dem Ausbau beim Öffentlichen Personennahverkehr vorstellen?*

Der öffentliche Nahverkehr erscheint mir immer mehr als ein Dschungel aus Tarifen, Nahverkehrsverbänden, Zuschüssen von Bund und Land (ständig weiter gekürzt), Sahnehäubchen wie linienstärkende Schülerbeförderung, leere Busse zu bestimmten Uhrzeiten, fehlende Zusammenarbeit zwischen Kreisen, Bemühungen die Kosten unter dem Deckel zu halten, einer unflexiblen Deutschen Bundesbahn und Busunternehmern, die über ihr Einkommen klagen und keine Teilzeitbusfahrer finden. Bezeichnend für das Tarifchaos ist z. B. dass in manchen Bussen Sondertarife nicht bekannt sind. Mir scheint, hier müsste mal gründlich aufgeräumt werden.

*Baden-Württemberg ist einer der erfolgreichsten Wirtschaftsstandorte in Deutschland. Was kann Politik tun, um den Wirtschaftsstandort attraktiv zu halten und Arbeitsplätze zu schaffen?*

Innovative Technik muss mehr gefördert werden, Patente unterstützt, der Schritt zur Serie verkürzt werden. Mittelständische Betriebe brauchen unbürokratischere Strukturen, schnellere Kreditzusagen, wirtschaftsfreundlichere Banken, Verwaltungen und Verbände. Die Kontakte zwischen Schulen und Betrieben müssen vertieft und die Zusammenarbeit von Hochschulen und Firmen verbessert werden. Interkommunale Gewerbegebiete, Zusammenarbeit von Kommunen zur Standortsicherung sind absolut notwendig, ebenso die „weichen Standortfaktoren“ wie eine gute Betreuung für Kleinkinder, Ganztageschulen, Naherholungskonzepte, gute Verkehrsverbindungen und ganz wichtig auch für so manchen Freiberufler: DSL nicht nur in der Stadt, sondern auch in ländlicheren Gemeinden oder Stadtteilen, damit die Bevölkerung nicht zu teuren Varianten greifen muss und die Benachteiligung durch die Telekom aufhört.

*Die Landesregierung setzt auf Gentechnik, Bauernverbände und BUND warnen vor gentechnisch verändertem Saatgut. Wie stehen Sie dazu?*

Gentechnisch verändertes Saatgut lehne ich ab. Die Verbraucher sollten sensibel sein beim Kauf von Lebensmitteln und die Angaben auf der Verpackung sorgfältig prüfen. Bisher ist nicht abschätzbar, welche Auswirkungen der Anbau von gentechnisch verändertem Saatgut bringen wird.

Max Burger  
Bündnis 90/Die Grünen



*Das dreigliedrige Schulsystem ist umstritten. Viele halten die Entscheidung für eine Schulart in der vierten Klasse für zu früh. Hinzu kommt, dass in Baden-Württemberg Kinder aus sozial schlechter gestellten Familien geringere Chancen auf eine höhere Schulbildung haben als Kinder aus besser gestellten Familien. Wie stellen Sie sich das Schulsystem in Baden-Württemberg künftig vor?*

Tatsächlich gibt oft nicht die Begabung, sondern die soziale Herkunft den Ausschlag für den Bildungserfolg. Viele Kinder sind demotiviert, weil sie es nicht „geschafft haben“. Wir wollen das Sortieren der Kinder in Schubladen abschaffen, weil es den individuellen Lernfähigkeiten nicht gerecht wird. Frontalunterricht muss durch Erlebnispädagogik abgelöst werden, Schule wird Lebensraum. Das dreigliedrige Schulsystem ist ein Instrument des Absolutismus, ein Anachronismus mit dem Deutschland weltweit fast alleine dasteht.

Die Schule der Zukunft ist eine Schule ohne Ausgrenzung, sie fördert die Begabungen, Talente und Stärken aller Kinder individuell, gezielt und verantwortlich; es wird nicht mehr aussortiert. Perspektive der Grünen ist die neunjährige Basisschule, die mit der Vielfalt ihrer Schüler umgehen kann. Wir werden die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sich die Schulen weiterentwickeln können. Im Anschluss an die gemeinsame Basisschule findet eine Differenzierung in der Oberstufe statt. Entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit oder ihren Neigungen können junge Menschen entweder eine Ausbildung im dualen System, eine allgemein bildende gymnasiale Oberstufe, ein berufliches Gymnasium oder eine berufliche Vollzeitschule besuchen. Ein qualifizierter Gesellenbrief soll eine Hochschulzugangsberechtigung für die Fachhochschule beinhalten, und Meister sollen eine uneingeschränkte Hochschulzugangsberechtigung erhalten.

*Welche Maßnahmen können Sie sich zum Erhalt der Standards oder sogar dem Ausbau beim Öffentlichen Personennahverkehr vorstellen?*

Der Bahnverkehr bildet für uns das Herzstück des öffentlichen Nahverkehrs. Hier droht Gefahr. Die Landesregierung will praktisch alle verfügbaren Mittel der nächsten zehn Jahre für die Tieferlegung des Stuttgarter Hauptbahnhofs einsetzen. Wir halten das „Projekt Stuttgart 21“ für Geldverschwendung. Nach Schweizer Vorbild wollen wir überall im Land ein attraktives Bus- und Bahnangebot schaffen, mit kurzen Wegen und schnellen, vertakteten Verbindungen, statt wenige Großstädte und deren Flughäfen mit Tempo 300 zu verknüpfen. Das in der Schweiz sehr erfolgreiche Car-Sharing erweist sich zunehmend als Schlüssel zur „Kombinierten Mobilität“. Wir wollen Car-Sharing als Alternative zum Auto-besitz fördern und somit den vernünftigen Verkehrsmittelnutzung stärken.

*Baden-Württemberg ist einer der erfolgreichsten Wirtschaftsstandorte in Deutschland. Was kann Politik tun, um den Wirtschaftsstandort attraktiv zu halten und Arbeitsplätze zu schaffen?*

Wenn es Baden-Württemberg gelingt, zur Nummer eins bei regenerativen, energiesparenden und umweltfreundlichen Antriebstechniken, Heizsystemen und Produktionsverfahren zu werden, dann sichert dies auf lange Zeit die wirtschaftliche Basis unseres Landes und dient dem Klimaschutz. Mineralöl kann und muss mittelfristig auch in der Grundstoffherzeugung der Chemischen Industrie durch nachwachsende Rohstoffe ersetzt werden.

*Die Landesregierung setzt auf Gentechnik, Bauernverbände und BUND warnen vor gentechnisch verändertem Saatgut. Wie stehen Sie dazu?*

Wir Grünen wollen eine Landwirtschaft ohne Gentechnik. Sowohl die Bauern als auch die Verbraucher wollen keine Gentechnik. Mehr als drei Viertel der Bevölkerung wollen keine gentechnisch manipulierten Lebensmittel. Das Recht der Menschen auf gentechnikfreie Nahrung und das Recht der Landwirte auf gentechnikfreien Anbau muss geschützt werden. Voraussetzung für eine gentechnikfreie Landwirtschaft ist reines Saatgut. Klare Kennzeichnungsregelungen mit einem Schwellenwert an der Nachweisgrenze sind unabdingbare Voraussetzung. Die Risiken von Genprodukten sind bisher nicht ausreichend erforscht.

Dieter Kleinmann  
FDP



*Das dreigliedrige Schulsystem ist umstritten. Viele halten die Entscheidung für eine Schulart in der vierten Klasse für zu früh. Hinzu kommt, dass in Baden-Württemberg Kinder aus sozial schlechter gestellten Familien geringere Chancen auf eine höhere Schulbildung haben als Kinder aus besser gestellten Familien. Wie stellen Sie sich das Schulsystem in Baden-Württemberg künftig vor?*

Nach der PISA-Studie gilt es die Schülerinnen und Schüler zu fördern und fordern. Mit der Struktur unseres Schulsystems hat dies nichts zu tun. Da sich das Dreigliedrige Schulsystem bewährt hat und ich ein ausdrücklicher Freund gerade auch der Realschulen und des Mittleren Abschlusses bin, sehe ich keine Notwendigkeit das derzeitige Schulsystem zu ändern. Die Entscheidungen für eine Schulart in der vierten Klasse ist nicht zu früh. Andere Bundesländer, die eine solche Entscheidung erst nach der sechsten Klasse vorgesehen hatten, haben dies wieder revidiert und auf die Klasse vier verkürzt. Ohnehin geht es bei dieser Aufteilung der Schülerinnen und Schüler auf einer weiterführende Schule allein darum, ihnen die bestmögliche Förderung zukommen zu lassen. Ein längeres Beisammensein würde bedeuten: die Schwachen bleiben auf der Strecke und die Starken langweilen sich. Im Übrigen: Hinsichtlich der Chancen von Kindern aus sozial schlechter gestellten Familien, auf ein Gymnasium zu wechseln liegt Baden-Württemberg an erster Stelle. Wir brauchen allerdings mehr Ganztageschulen und dies schulartübergreifend. Nur so können wir unsere Kinder mehr fördern.

*Welche Maßnahmen können Sie sich zum Erhalt der Standards oder sogar dem Ausbau beim Öffentlichen Personennahverkehr vorstellen?*

Entscheidend ist der zweigleisige Ausbau der Gäubahn. Persönlich vertrete ich die Meinung, dass der Ringzug von Rottweil nach Eutingen verlängert werden soll, um dort den Anschluß an die Straßenbahn von Karlsruhe über Freudenstadt nach Eutingen zu erreichen und in Horb den Umstieg auf den ICE Richtung Stuttgart zu ermöglichen. Die Verbundkarte sollte über die Kreisgrenzen hinweg gelten. Wünschenswert wäre es, wenn auch ausserhalb Rottweils verstärkt Niederflerbusse eingesetzt werden könnten, um Behinderten die Möglichkeit zu geben den ÖPNV zu nutzen.

*Baden-Württemberg ist einer der erfolgreichsten Wirtschaftsstandorte in Deutschland. Was kann Politik tun, um den Wirtschaftsstandort attraktiv zu halten und Arbeitsplätze zu schaffen?*

Die Politik schafft keine Arbeitsplätze, sie kann lediglich die Rahmenbedingungen für erfolgreiches Wirtschaften schaffen. Baden-Württemberg hat die geringste Arbeitslosigkeit und die meisten Ausbildungsplätze. Wichtig sind, um den Wirtschaftsstandort attraktiv zu halten, Investitionen in die Forschung und Technik. Weiterhin muss Baden-Württemberg, was die Anmeldung der Patente betrifft, an der Spitze bleiben. Die Investitionsprogramme „Städtebauliche Entwicklung“ und „Entwicklung Ländlicher Raum“ seitens des Landes tragen entscheidend zur Sicherung der Arbeitsplätze bei. Die FDP wird auch weiterhin an diesen Programmen festhalten.

*Die Landesregierung setzt auf Gentechnik, Bauernverbände und BUND warnen vor gentechnisch verändertem Saatgut. Wie stehen Sie dazu?*

Gentechnik kann hilfreich sein, daher lehne ich sie nicht grundsätzlich ab. Gentechnisch veränderte Lebensmittel müssen aber eindeutig gekennzeichnet werden. Im Übrigen: Bauernverbände lehnen nicht generell gentechnisch verändertes Saatgut ab. Auch sie setzen auf eine gute Qualität beim Getreide, das insbesondere gegenüber Schädlingen resistent ist.